

# Offener Brief der Solidaritätsgruppe Afghanistan

## Forderungen an die Politik

Wien, am 12.08.2024

Die drei Jahre Herrschaft der Terrorgruppe "Taliban" ist die dunkelste Zeit der Geschichte Afghanistans bzw. was das heutige Territorium Afghanistan je erlebt hat. Diese drei Jahren sind vor allem durch massive und systematische Rechtsverletzungen gekennzeichnet, die den Menschen, besonders den Frauen und Mädchen, die fundamentalsten Rechte entziehen. Zudem pflegen die Taliban wie früher enge Kontakte mit Al-Qaida und anderen terroristischen Gruppen.

Die Taliban haben ihre Politik gegenüber den Frauen und Mädchen trotz massiver Kritik der Internationalen Gemeinschaft und trotz des Widerstands der afghanischen Frauen und deren Verteidiger nicht nur fortgesetzt, sondern auch viele weitere Dekrete erlassen, die die fundamentalsten Rechte der Frauen - wie das Recht auf Leben, Bildung, Arbeit, Bewegungsfreiheit, Zugangsrecht zur Gesundheitsuntersuchungen, zu gerichtlichen Verfahren, usw. - in großen Maßstab, systematisch verletzen.<sup>1</sup> Für Frauen und Mädchen wurde das Leben zunehmend aussichtslos und die drastische Folge für ihre psychische Gesundheit wird an der hohen Zahl von Selbstmorden sichtbar. Die verheerenden, generationsübergreifenden Konsequenzen dieser unmenschlichen Politik der Taliban entziehen den Frauen nicht nur ihre Rechte, sondern verhindern ihre zukünftige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Die Vertreibungen von nicht paschtunisch ethnischen Gruppen wie Hazara, Tadschiken und Usbeken aus ihren ursprünglichen Gebieten wird fortgesetzt.<sup>2</sup> Für die Hazara stellt das eine Fortsetzung der jahrzehntelangen systematischen Unterdrückung und die Fortsetzung des Genozids dar. Was die Bewohner des Panjshir anlangt, so begehen die Taliban durch die Hinrichtungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie üben Rache an der Zivilbevölkerung aufgrund des Widerstands im Panjshir-Tal. Hinzu kommen weitverbreitete Diskriminierungen sowohl bei der Erbringung staatlicher Dienstleistungen als auch bei den Rekrutierungen im Öffentlichen Dienst.<sup>3</sup>

Es gibt zahlreiche Beispiele, die beweisen, dass unter den Taliban Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit nicht existieren. Die Taliban haben nicht nur das Recht auf Religionsfreiheit, vor allem für die Schiiten, massiv eingeschränkt, sie zwingen auch die schiitischen Ismailiten zu konvertieren. Jegliche abweichende Meinung wird von den Taliban brutal niedergeschlagen.

Das Regime verlangt von der Bevölkerung Afghanistans nicht weniger als eine absolute Unterwerfung und die Anerkennung ihres Regimes ohne jegliche Konzessionen, wie sie etwa von der internationalen Gemeinschaft gefordert werden. Das Terrorregime geht mit Folter, erzwungenem Verschwinden, außergerichtlichen Hinrichtungen, gezielten Tötungen, unmenschlichen und erniedrigenden Handlungen gegenüber politischen Dissidenten, Ex-Regierungsmitgliedern und ehemaligen Sicherheitskräften vor. Berichten zufolge haben in der

---

<sup>1</sup> <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/g24/075/00/pdf/g2407500.pdf>

<sup>2</sup> <https://8am.media/eng/endless-extortion-and-taliban-oppression-the-persistent-crisis-of-land-seizures-and-forced-relocations/>

<sup>3</sup> <https://rawadari.org/120820241845.htm/>

ersten Hälfte des Jahres (2024) diese Gräueltaten massiv zugenommen. Darüber hinaus wird das Recht auf Information äußerst eingeschränkt.

Die afghanischen oppositionellen politischen Gruppierungen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb und außerhalb des Landes, sind aktiv geblieben. Zu den von UNO organisierten Internationalen Konferenzen in Doha wurden dieser Gruppen und Organisationen nicht nennenswert einbezogen. Der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit den Taliban kann insgesamt als ziellos, unkoordiniert, reaktiv und zurückhaltend beschrieben werden. Die Fortsetzung und die Intensivierung massiver Rechtsverletzungen der Taliban sind ein klarer Beweis dafür!

Setzt sich diese Situation weiter fort, hat das katastrophale Folgen für alle Menschen in Afghanistan. Ebenso können bereits jetzt umfassende negative Folgen in der gesamten Region, also auch in den Nachbarländern, festgestellt werden. Letztlich betrifft das Erstarken der Terrororganisation, und somit auch ihre menschenfeindliche Ideologie, die gesamte Welt. Daher fordern wir vonseiten der internationalen Gemeinschaft und also auch von Österreich konkrete Maßnahmen, um die vorhersehbaren Konsequenzen der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse zu verhindern:

Erstens sollte der politische Widerstand in und außerhalb Afghanistans, welcher die Frauen- und der Rechte alle ethnischen und religiösen Gruppen sowie demokratische Prinzipien vertritt, von Österreich aktiv unterstützt werden. Die österreichische Bundesregierung könnte etwa Konferenzen in Wien abhalten, um die koordinierte Vernetzung und Organisation des politischen Widerstands zu fördern.

Zweitens sollten die EU und Österreich sollen dazu beitragen, dass Taliban-Führer auf Basis des internationalen Rechts rechtlich verfolgt werden. Ähnlich wie dies etwa auch für Putin und anderen Entscheidungsträgern der Kriegsverbrechen im Ukrainekrieg vorgesehen ist, sollten auch Taliban-Führer zeitnah verurteilt werden. Österreich könnte die Taliban im Sinne der Rome-Statuten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagen. Die Taliban sind Täter hinsichtlich ihrer Gender-Politik, ihres Apartheid-Regimes und der Zwangsvertreibungspolitik.

Drittens: Die internationale Gemeinschaft nennt meist nur das Recht auf Bildung als wichtigste Bedingung für die Anerkennung der Taliban. Die Forderung muss jedoch mit der Bedingung verbunden sein, dass die Wahrung von Minderheitenrechten gewährleistet wird und Bildung nicht zu Propagandazwecken missbraucht wird. Denn aktuell ist das der Fall: Die Schulen bilden junge Männer zu Talibankämpfern aus und viele normale Schulfächer wurden gestrichen.

Viertens: Wie bereits von zahlreichen Medien berichtet, profitieren die Taliban von internationaler humanitärer Hilfe in Afghanistan. Die internationale Gemeinschaft sollte sich dafür einsetzen, dass die Hilfeleistungen tatsächlich bei den Menschen ankommen und dass transparent darüber berichtet werden muss.

Fünftens: Österreich sollte sich dafür einsetzen, dass alle hochrangigen Taliban-Funktionäre durch die EU und im Rahmen des Sicherheitsrates der UNO strafrechtlich verfolgt werden. Wie letztes Jahr EU zwei Taliban-Funktionäre sanktioniert. Derzeit gibt es immer noch zahlreiche hochrangige Talibans, die nicht sanktioniert sind.

Sechstens: Wir halten es für notwendig, mit den Nachbarländern Afghanistans im Sinne der Unterstützung von Menschen in Afghanistan zusammenzuarbeiten. Keinesfalls darf jedoch

über die Menschenrechtsverletzungen dieser Länder, etwa hinsichtlich Massenabschiebungen nach Afghanistan, hinweggesehen werden.

Siebtens: Die EU und auch Österreich sollten jene Personen, die sich auf Basis der internationalen Hilfsgelder für Afghanistan in den letzten 20 Jahre zu Unrecht bereichert haben, rechtlich verfolgen. Es sind sowohl Menschen aus Afghanistan als auch Akteur\*innen in anderen Ländern, die durch korrupte Machenschaften unter anderem von EU-Milliarden auf Kosten der Bevölkerung des Landes profitiert haben.

Achtens: Österreich sollte sich bei seiner Flüchtlings- und Migrationspolitik nicht der Mittäterschaft schuldig machen und stattdessen dazu beitragen, dass Afghan\*innen die Einreise nach Österreich erleichtert wird. In diesem Sinne sollte Österreich die aufenthaltsrechtlichen Verfahren beschleunigen, ein humanitäres Visum einführen sowie Familienzusammenführungen forcieren. Weiters sollte Österreich ein klares Bekenntnis abgeben, die Taliban unter diesen Umständen keinesfalls anzuerkennen sowie keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.